



Bundesministerin für  
EU und Verfassung

[bundeskanzleramt.gv.at](https://bundeskanzleramt.gv.at)

**Mag. Karoline Edtstadler**  
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.515.041

Wien, am 11. September 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Juli 2023 unter der Nr. **15781/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Magnitsky Act“: Sanktionsmechanismen gegen Menschenrechtsverletzer:innen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 14:**

1. *Wofür haben Sie sich hinsichtlich der EU Global Human Rights Sanctions Regime-Liste jeweils bei welcher Ratssitzung eingesetzt? Bitte um präzise Angaben seit 7. Dezember 2020.*
2. *Was sind die konkreten Kriterien für die Aufnahme und für die Streichung von Personen oder Organisationen aus der EU-Liste?*
  - a. *Worin besteht die diesbezügliche Methode?*
  - b. *Wie verläuft das Verfahren konkret?*
3. *Welche Vorschläge wurden Ihrerseits zur Ergänzung der Liste vorgenommen? Bitte um präzise Angaben seit 7. Dezember 2020 und Aufschlüsselung nach natürlichen/juristischen Personen bzw. Organisationen und Einrichtungen.*

- a. *Welche davon wurden in die Liste aufgenommen?*
- b. *Welche davon wurden nicht in die Liste aufgenommen?*
  - i. *Aus welchen Gründen?*
- c. *Haben Sie sich dafür eingesetzt, dass der Richter Sergej Podoprigrorow, der Wladimir Wladimirowitsch Kara-Mursa zu Unrecht verurteilte, in der Liste hinzugefügt wird?*
- d. *Sollten keine Vorschläge aktiv von Österreich gemacht worden sein: warum nicht?*
- e. *Waren Sie bezüglich Ihrer Vorschläge oder den Überlegungen hierzu mit anderen Ressorts im Austausch?*
  - i. *Wenn ja, mit wem, wann und was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
4. *Haben Sie je vorgeschlagen, natürliche oder juristische Personen bzw. Organisationen und Einrichtungen von der Liste zu nehmen? Bitte um präzise Angaben seit 7. Dezember 2020.*
  - a. *Wenn ja, welche und aus welchen Gründen jeweils?*
5. *Welche Vorschläge seitens anderer Mitgliedstaaten bzw. des Hohen Vertreters haben Sie abgelehnt? Bitte um präzise Angaben seit 7. Dezember 2020 und Aufschlüsselung nach natürlichen/juristischen Personen bzw. Organisationen und Einrichtungen.*
  - a. *Aus welchen Gründen jeweils?*
6. *Stehen Sie hinsichtlich der Umsetzung der Sanktionen des EUGHR SR mit dem Finanzministerium im Austausch?*
  - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Stehen Sie hinsichtlich der Umsetzung der Sanktionen des EUGHR SR mit dem Innenministerium im Austausch?*
  - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
8. *Welche Monitoring-Mechanismen gibt es zur Überprüfung der Umsetzung der Sanktionen des EUGHR SR?*
  - a. *Gibt es einen auf EU-Ebene einen diesbezüglichen Monitoring-Mechanismus?*
    - i. *Wenn ja, welchen?*
9. *Sind Ihnen Probleme hinsichtlich der Umsetzung oder des Vollzugs der Sanktionen des EUGHR SR bekannt?*
  - a. *Wenn ja, welche?*
  - b. *Wenn ja, welche Informationen wurden diesbezüglich an die Kommission weitergegeben?*

10. Sind Ihnen Verstöße gegen die Sanktionen des EUGHR SR bekannt?
- Wenn ja, welche?
  - Wenn ja, welche Informationen wurden diesbezüglich an die Kommission weitergegeben?
11. Wurde bereits von den Ausnahmeregelungen Gebrauch gemacht?
- Wenn ja, von welcher Ausnahmeregelung, bzgl. welcher sanktionierten (natürlichen oder juristischen) Person(en) und aus welchen Gründen jeweils?
  - Wenn ja, welche Informationen wurden diesbezüglich an die Kommission weitergegeben?
12. Welche Position vertreten Sie hinsichtlich der Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Weiterentwicklung des EUGHR SR (siehe EP Resolution (2021/2563 RSP)), insbesondere
- zur Ausweitung des Anwendungsbereichs des EUGHR SR auf Korruptionsdelikte?
  - zur Erleichterung der Mitwirkung von Akteuren der Zivilgesellschaft?
  - zur Einführung einer parlamentarischen Kontrolle der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte?
13. Kam es hinsichtlich der Fragen 1,2 und 4 bis 12 zu Gesprächen mit anderen Ressorts?
- Wenn ja, wann und mit welchen Ressorts? (Bitte um Auflistung der betreffenden Sektionen, Abteilungen und Namen, etc ...)
    - Was war der konkrete Gesprächsinhalt und welche Positionen vertraten die Gesprächsteilnehmer:innen?
  - Wenn nein, warum nicht?
14. Ist ein Gesetz zur Sanktionierung von Menschenrechtsverletzer:innen auf nationaler Ebene geplant?
- Wenn ja, wann wurden welche konkreten Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt?
  - Wenn ja, welche Sanktionsmöglichkeiten sind geplant und welche Akteur:innen (natürliche Personen, juristische Personen) sollen davon umfasst sein?
  - Wenn nein, warum nicht?
  - Wenn nein, wann ist geplant, diesbezügliche Maßnahmen zu setzen?
  - Welche konkreten Maßnahmen sollen in diesem Bereich im Jahr 2023 noch gesetzt werden?
  - Wenn nein, welche Diskussionen, Gespräche, Arbeitsgruppen oder sonstigen Aktivitäten wurden zu diesem Thema wann in Ihrem Ministerium geführt?
    - Mit welchem Ergebnis?
    - Wer war wann daran beteiligt und was war der konkrete Gesprächsinhalt?

- g. Welche Gespräche bzw. Verhandlungen haben Sie oder Ihr Ressort mit welchen Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien wann geführt?*
  - i. Mit welchem Ergebnis?*
  - ii. Wer war wann daran beteiligt und was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
- h. Welche Organisationseinheiten (Abteilungen) anderer Bundesministerien waren bzw. sind bei der Erarbeitung inwiefern involviert?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 98/2022, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 17/2020, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 15782/J vom 11. Juli 2023 durch den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten verweisen.

Mag. Karoline Edtstadler